



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

## Info-Brief Februar 2021

### EU Informationen

#### **EU erzielt politische Einigung beim Europäischen Sozialfonds+ 2021-2027**

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten haben eine politische Einigung über den Vorschlag der Kommission zum Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) erzielt. Der ESF Plus wird ein wichtiges Finanzinstrument zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und zur Förderung von Arbeitsplätzen sein.

Der ESF Plus verfügt über ein Gesamtbudget von 88 Mrd. Euro (in Preisen von 2018). Als nächstes muss die Verordnung der EU in Kraft treten, der langfristige EU-Haushalt muss zusammen mit der Initiative NextGenerationEU, einem zeitlich befristeten Instrument für die wirtschaftliche Erholung Europas funktionalisiert werden. Mit der Zuweisung wurde bereits begonnen. Für die Mittel aus NextGenerationEU muss noch der neue Eigenmittelbeschluss von allen Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden.

Ausführliche Details lesen Sie auf den [Internetseiten](#) der EU-Kommission.

#### **Großbritannien wird Zielland bei “AusbildungWeltweit“**

Auslandsaufenthalte von Auszubildenden sowie Ausbilder/innen im Vereinigten Königreich können ab 2021 durch das Programm “AusbildungWeltweit“ gefördert werden. Das Land war durch seine EU-Mitgliedschaft bis 2020 automatisch Programmland bei Erasmus+. Dieser Status ist nun weggefallen. Die ersten über [“AusbildungWeltweit“](#) geförderten UK-Praktika sind ab Juni 2021 möglich. Bis zum 17. Juni 2021 läuft die Antragsfrist für Aufenthalte zwischen dem 01. Oktober 2021 und 30. September 2022.

### Gesetzentwurf Sozialschutz-Paket III

Das Bundeskabinett hat Anfang Februar Formulierungshilfen für die Regierungsfractionen zu einem Entwurf für ein [Sozialschutz-Paket III](#) beschlossen. Damit sollen sowohl der Corona-Zuschlag für Leistungsberechtigte der Grundsicherungssysteme als auch weitere Maßnahmen gesetzlich festgelegt werden, die die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie für besonders hilfsbedürftige Menschen abmildern. Der Entwurf wird nun durch die Koalitionsfraktionen in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Das Gesetz soll am 1. April 2021 in Kraft treten.

[Weiterlesen](#) in der BMAS-Pressemitteilung vom 9. Februar 2021

Stellungnahmen zum Sozialschutzpaket III von der [Diakonie Deutschland](#), der [Caritas](#), dem [Paritätischen](#) und [GGUA/Tacheles](#)

#### **Sozialschutz-Paket III mit neuen Fristen**

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat dem Gesetzentwurf ([19/26542](#)) der Koalitionsfraktionen für das Sozialschutzpaket III zugestimmt. Mit dem Paket wollen CDU/CSU und SPD Menschen, die Grundsicherung beziehen, während der Corona-Pandemie erneut entlasten. Es beinhaltet auch Erleichterungen für soziale Dienstleister. Der Entwurf wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der Fraktionen von AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen. Geändert wurde der Entwurf vor allem hinsichtlich der Dauer der geplanten Verlängerungen, die nun vielfach zum einen an die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite gekoppelt beziehungsweise längstens bis 31. Dezember 2021 verlängert wurden. Dies hatten zahlreiche Experten in einer [öffentlichen Anhörung des Ausschusses](#) vorgeschlagen...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 235 vom 24. Februar 2021*

## **Corona-Einmalzuschuss für Arme reicht nicht: Aktuelle Umfrage zu Lebenshaltungskosten untermauert Kritik an zu geringen Leistungen in der Grundsicherung**

Eine Mehrheit der Bevölkerung (54 %) hält die von der Bundesregierung geplante Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro für Grundsicherungsbeziehende, die heute im Bundestag beschlossen werden soll, für nicht ausreichend. Dies ergibt eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes. 68 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Menschen mit geringen Einkommen in der Corona-Krise bisher insgesamt von der Bundesregierung nicht ausreichend unterstützt werden, im Gegensatz zu beispielsweise Großkonzernen, die finanzielle Umsatzverluste erlitten haben. Mit einer kreativen Protestaktion vor dem Reichstag wird ein Bündnis von fast 50 Organisationen, darunter Campact, Paritätischer und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, **heute (Freitag, den 26.02.2021) um 11.30 Uhr** gegen die unzureichende Nothilfe für die Ärmsten in der Corona-Pandemie demonstrieren. Die Organisationen fordern eine zügige Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro sowie für die Dauer der Krise eine monatliche Zusatzzahlung von 100 Euro...

[Weiterlesen](#) in der gemeinsamen Pressemitteilung vom 26.02.2021

## **Gesetzentwurf für ein Teilhabestärkungsgesetz**

Das Bundeskabinett hat Anfang Februar 2021 auch das [Teilhabestärkungsgesetz](#) beschlossen, um Menschen mit Behinderungen neue Möglichkeiten im Alltag zu geben. Zudem sieht das Gesetz die Umsetzung eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in der Sozialhilfe sowie Vereinfachungen beim Meldeverfahren zum Kurzarbeitergeld vor.

[Weiterlesen](#) in der BMAS-Pressemitteilung vom 3. Februar 2021

## **“Initiative Digitale Bildung“ gestartet**

Die Bundeskanzlerin und Bundesbildungsministerin Anja Karliczek haben die “Initiative Digitale Bildung“ gestartet. Ziel der Initiative ist es, die digitale Bildung in Deutschland weiter auszubauen. Bei einer digitalen Auftaktveranstaltung betonten die Politikerinnen, die Pandemie habe klar gezeigt, welche hohe Bedeutung digitale Lehr- und Lernangebote haben könnten. Umso wichtiger sei es, das Lernen, Lehren und Ausbilden mit digitalen Angeboten weiterzuentwickeln und digitale Kompetenzen in der Breite zu stärken.

[Weiterlesen](#) in der BMBF-Pressemitteilung 033/2021

## **Förderangebot “Internet für alle“**

Von der "digitalen Spaltung" ist derzeit häufig die Rede: Während digital gut ausgerüstete Menschen mit den Herausforderungen der Corona-Krise möglicherweise weniger Probleme haben, gibt es auch viele Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen oder mit sozialen Benachteiligungen, die keinen eigenen Zugang zum Internet oder keine dazu notwendigen Geräte besitzen. Mit ihrem neuen Förderangebot "[Internet für alle](#)" will die Aktion Mensch nun dazu beitragen, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am digitalen Fortschritt zu ermöglichen.

## **Arbeitslose und Langzeitarbeitslose 2020 und Januar 2021 im Vorjahresvergleich: Bund und Großstädte**

Nach Angaben des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) waren im Jahresdurchschnitt 2020 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern 2,695 Millionen Arbeitslose registriert, 428.724 (18,9 Prozent) mehr als im Vorjahr 2019. Der jahresdurchschnittliche Bestand der registrierten Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen stieg im Vorjahresvergleich um 89.298 (12,3 Prozent) auf 816.749.

Wesentlich negativer stellt sich ein Vorjahresvergleich dar, wenn der registrierte Bestand im Januar 2021 mit dem Vorjahresmonat (Januar 2020) verglichen wird: Im Januar 2021 waren insgesamt 2,901 Millionen Arbeitslose registriert, 475.140 (19,6 Prozent) mehr als im

Vorjahr 2019. Der Bestand der registrierten Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen stieg im Januar 2021 im Vorjahresvergleich um 265.644 (36,7 Prozent) auf 989.371 bzw. auf 34,1 Prozent der registrierten Arbeitslosen.

In den 15 Großstädten (GS - incl. Region Hannover) zusammen stieg der Bestand der registrierten Arbeitslosen von Januar 2020 bis Januar 2021 um 26,7 Prozent (Bundesrepublik ohne GS: 17,3 Prozent) und der Bestand der registrierten Langzeitarbeitslosen um 45,5 Prozent (Bundesrepublik ohne GS: 33,9 Prozent).

[Hier](#) die unkommentierte BIAJ-Tabelle zu den in 2020 und Januar 2021 im Bund und in den 15 Großstädten (incl. Region Hannover) registrierten Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen im Vorjahresvergleich (mit 2019 und Januar 2020), differenziert nach Rechtskreis (SGB III - Arbeitsagenturen - und SGB II - Jobcenter)

[Weiterlesen](#)

### **Förderung der beruflichen Weiterbildung: Entwicklung der Ausgaben - 2012 bis 2020**

Das BIAJ berichtet, dass im Jahr 2020 von den 302 Jobcentern gE ("gemeinsame Einrichtungen" der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen) gemäß der Abrechnungsergebnisse der Bundesagentur für Arbeit nur noch 484,7 Mio. Euro für die "Förderung der beruflichen Weiterbildung" (FbW -SGB II) ausgegeben wurden. Im Vorjahr 2019 wurden von den Jobcentern gE noch insgesamt 565,5 Mio. Euro für die "Förderung der beruflichen Weiterbildung" ausgegeben und in den 12 Monaten von April 2019 bis März 2020 insgesamt 567,9 Mio. Euro.

[Weiterlesen](#)

### **“hib“ und “DIP“ – Meldungen Februar 2021 – In chronologischer Reihenfolge**

#### **Hilfen für Werkstätten für Menschen mit Behinderungen** (*Drucksache-DS:19/26095 Sicherung der Entgelte der Menschen mit Behinderungen in Werkstätten*)

Die Bundesregierung beobachtet die Situation in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen während der Corona-Pandemie sehr genau und wird, wenn dies nötig ist, weitere Unterstützungsmaßnahmen ergreifen. Das betont sie in einer Antwort ([19/26095](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/25746](#)) der FDP-Fraktion. Zur Sicherung der Werkstattentgelte habe das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2020 auf die Hälfte seines Anteils aus der Ausgleichsabgabe verzichtet und eine Regelung geschaffen, nach der die Integrationsämter der Länder die Mittel der Ausgleichsabgabe auch zielgerichtet für die Kompensation der aufgrund der COVID-19-Pandemie gesunkenen Arbeitsentgelte verwenden können. Sollte sich darüber hinaus Handlungsbedarf abzeichnen, werde die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern eine Lösung suchen, heißt es in der Antwort weiter.

*Quelle: hib-Meldung 143 vom 01.02.2021*

#### **Rund 3.200 Kontrollen bei Leiharbeitsfirmen** (*Drucksache-DS:19/26480 Kontrolle von Leiharbeit durch die Bundesagentur für Arbeit*)

Im Jahr 2020 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) 3.184 Kontrollen bei Leiharbeitsfirmen in Form von Betriebsprüfungen durchgeführt. Das geht aus einer Antwort ([19/26480](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/26077](#)) der Fraktion Die Linke hervor. Aus der Antwort wird ferner ersichtlich, dass die Zahl dieser Prüfungen durch die BA seit 2017 deutlich zurückgegangen ist, denn 2017 sind noch 5.362 solcher Prüfungen durchgeführt worden. Nach Angaben der BA hatten 2019 in Deutschland knapp 19.000 Firmen eine Erlaubnis nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, davon waren knapp 900 ausländische Firmen mit Verleiherlaubnis.

*Quelle: hib-Meldung 193 vom 15.02.2021*

#### **Deutlich mehr Beschäftigte ohne deutschen Pass** (*Drucksache-DS:19/26609 Auswirkungen der Migration auf den Sozialstaat*)

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern ist innerhalb der letzten fünf Jahre um 50 Prozent auf inzwischen rund 4,24 Millionen gestiegen.

Dieser Beschäftigungszuwachs hält auch während der Corona-Krise an, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort ([19/26609](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/25781](#)) der AfD-Fraktion.

In der Antwort heißt es weiter: "Die Zahl migrantischer Unternehmerinnen und Unternehmen ist in den Jahren von 2005 (532.000) bis 2019 um 62 Prozent auf rund 860.000 gestiegen. Heute hat jede Fünfte unternehmerisch tätige Person eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Nach einer Sonderauswertung des KfW-Gründungsmonitors wurde im Jahr 2019 etwa jede vierte Existenzgründung durch Migrantinnen oder Migranten realisiert - das sind 160.000 von insgesamt 605.000 Gründungen. Ohne Zuwanderung fiel die Gründungs- und Unternehmensdynamik in Deutschland um ein Vielfaches schwächer aus."

Deutlich gestiegen ist nach den zitierten Angaben der Bundesagentur für Arbeit auch der Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Bereich der Leiharbeit: von 18,1 Prozent im Jahr 2013 auf 37,6 Prozent im Juni 2020.

Quelle: *hib-Meldung 201 vom 17.02.2021*

### **Rückgang bei Weiterbildungen** (*Drucksache-DS:19/26648 Inanspruchnahme der geförderten Weiterbildung nach dem Qualifizierungschancengesetz*)

Von Januar bis Oktober 2020 (Datenstand Januar 2021) haben 24.444 Beschäftigte eine Qualifizierung aufgenommen, das ist ein Minus von 17,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. 20.297 Förderfälle wurden mit einem Arbeitsentgeltzuschuss gefördert, das ist ein Rückgang von 7,9 Prozent im Vergleich zu 2019. Diese Zahlen nennt die Bundesregierung in einer Antwort ([19/26648](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/26283](#)) der AfD-Fraktion und erklärt den Rückgang mit der Corona-Pandemie.

Die Bundesagentur für Arbeit habe ab Mitte März 2020 den Bildungsanbietern die Möglichkeit eröffnet, unter bestimmten Rahmenbedingungen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in alternativer Form und somit ohne physische Präsenz durchzuführen, schreibt die Regierung. Nach den im Mai 2020 erfolgten Lockerungen der Präsenzverbote sei in allen Bundesländern eine schrittweise Rückkehr zu Präsenzmaßnahmen möglich gewesen, teilweise hätten die Maßnahmen auch in "hybrider" Form stattgefunden. Im Hinblick auf das wieder kritischere Pandemiegeschehen seit Herbst 2020 sei in mehreren Ländern über Landesverordnungen oder Allgemeinverfügungen die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Präsenzform untersagt. In Regionen mit einer entsprechenden Regelung dürften Maßnahmen nur dann weiterhin stattfinden, wenn sie in alternativer Form durchgeführt werden können, heißt es in der Antwort.

Quelle: *hib-Meldung 244 vom 25.02.2021*

## **Arbeitsrecht**

### **Bundesarbeitsgericht stärkt Anspruch von Frauen auf gleichen Lohn**

Das Entgelttransparenzgesetz soll für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern sorgen. Aber was passiert eigentlich, wenn eine Mitarbeiterin feststellt, dass ihre männlichen Kollegen mehr verdienen und der Arbeitgeber ihr Gehalt trotzdem nicht erhöhen will? Mit dieser Frage hat sich aktuell das Bundesarbeitsgericht befasst und ein Urteil gefällt, das die Verhandlungsposition der Frauen in solchen Fällen stärkt: Verdient eine Frau weniger als das mittlere Einkommen der Männer in gleicher Position, ist dies ein Indiz für eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (Aktenzeichen: [8 AZR 488/19](#)).

Der Arbeitgeber kann den Verdacht der Diskriminierung zwar entkräften, doch die Beweispflicht liegt dann bei ihm", berichtet ["Der Spiegel"](#).

### **Hartz IV: Anspruch auf 20 FFP2-Masken pro Woche**

Hartz-IV-Empfänger haben laut einem Urteil des Sozialgerichts (SG) Karlsruhe Anspruch auf wöchentlich 20 FFP2-Masken - als Sachleistung durch das Jobcenter oder als Geldleistung in Form eines um 129 Euro erhöhten monatlichen Regelsatzes durch die Behörde. Das Gericht gab damit dem Eilantrag eines Arbeitsuchenden auf Gewährung eines im Epidemie-

bedingten Einzelfall unabweisbaren Hygienebedarfs an FFP2-Masken bis zum Sommeranfang am 21. Juni 2021 statt ([Az.: S 12 AS 213/21 ER](#)).  
[Weiterlesen](#) auf n-tv online

## Aktuelles aus dem Internet

### **BMAS mit neu gestalteter Website**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat seine [neu gestaltete Website](#) am 01. Februar 2021 veröffentlicht.

### **"BA-Mobil": Die neue Kunden-App erweitert die digitalen Angebote**

Mit der Einführung der neuen Kunden-App "BA-Mobil" können Kundinnen und Kunden im Bereich der Arbeitslosenversicherung der Bundesagentur für Arbeit (BA) noch schneller und rund um die Uhr Kontakt zu ihrer Agentur für Arbeit aufnehmen.

[Weiterlesen](#) in der BA-Pressemitteilung 06 vom 12.02.2021

### **Neue Corona-Arbeitsschutzverordnung**

Das BMAS informiert mit der [Neuen Corona-Arbeitsschutzverordnung](#) über zusätzliche Maßnahmen, um den Gesundheitsschutz der Beschäftigten zu gewährleisten.

### **Umfrage der BfS bestätigt Ertragsausfälle in der Sozialwirtschaft**

Die Bank für Sozialwirtschaft hat die Ergebnisse ihrer zweiten bundesweiten Umfrage zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen veröffentlicht. Die von Mitte November bis Mitte Dezember 2020 durchgeführte Befragung validiert die Ergebnisse der ersten Umfrage aus dem Sommer 2020. Die Unsicherheit der Träger hinsichtlich ihrer künftigen finanziellen Situation hat sich verfestigt. Lediglich knapp 30 Prozent der Teilnehmenden sehen die Kompensation von Ertragsausfällen durch die Schutzschirme als auskömmlich an.

[Weiterlesen](#) im BfS-Trendinfo 2/21

### **Initiative 21: DIGITAL-INDEX 2019/2020**

<https://initiated21.de>

Die Gesellschaftsstudie D21-Digital-Index bietet ein jährliches Lagebild zum Digitalisierungsgrad der Gesellschaft in Deutschland.

Siehe hierzu auch den Text ["Digitale Ungleichheit in der Wissenschaftsgesellschaft. Wie die Corona-Krise Problemlagen im Bildungsbereich verschärft"](#).

Quelle: *G.I.B. Newsletter 428*

### **Jahressteuergesetz 2020: Übersicht der Änderungen**

Das Jahressteuergesetz 2020 bringt eine Menge an steuerlichen Neuerungen, die vielfach bereits ab Januar 2021 gültig sind. Fast alle gemeinnützigen Körperschaften sind partiell davon betroffen bzw. begünstigt. Zu den Änderungen zählen unter anderem: Die Erhöhung der steuerfreien Ehrenamtszuschale auf 840 Euro und der Übungsleiterzuschale auf 3.000 Euro. Zudem wird ein neues bundesweites Register für gemeinnützige Körperschaften geschaffen. Mit dem Jahressteuergesetz 2020 treten außerdem zahlreiche Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht in Kraft.

Eine [aktuelle Übersicht](#) im Wegweiser Bürgergesellschaft führt aus, welche neuen Zwecke der Gemeinnützigkeit in die Abgabenordnung aufgenommen wurden. Sie zeigt detailliert, welche Änderungen seit wann gültig sind.

### **Die Mehrheit der förderberechtigten Betriebe wird das Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern" nutzen**

Mitte 2020 hat die Bundesregierung das Programm "Ausbildungsplätze sichern" aufgelegt, um die Betriebe in der Corona-Krise in ihren Ausbildungsbemühungen zu unterstützen. Die Ergebnisse einer [IAB-Studie](#) zeigen, dass mittlerweile 28 Prozent der nach eigenen Anga-

ben förderberechtigten Betriebe das Programm nutzen und ähnlich viele planen, Fördermittel zu beantragen. Allerdings sind das Programm und seine Fördervoraussetzungen noch immer vielen Betrieben nicht bekannt.

### **Die materielle Versorgung von Hartz-IV-Haushalten hat sich in den letzten Jahren etwas verbessert, deren relative Einkommenssituation nicht**

Während die relative Armut in Deutschland in den 2010er Jahren zunächst zunahm und dann auf hohem Niveau stagnierte, nahm die materielle Unterversorgung in der gleichen Zeit deutlich ab. Letztere kann als Maß für absolute Armut betrachtet werden.

[Weiterlesen](#) im Online-Magazin "IAB-Forum"

### **Anrechnungsfreier Hinzuverdienst nach SGB II**

Anfang Januar hat Arbeitsminister Hubertus Heil einen Entwurf zu Reformen des SGB II vorgelegt. Unter anderem sollen nicht erhebliches Vermögen (bis 60.000 Euro plus 30.000 pro weitere Person) sowie die Angemessenheit der Wohnung in den ersten zwei Jahren des Grundsicherungsbezugs nicht mehr überprüft werden. Neben Zustimmung wurde auch Kritik laut; moniert wird u.a., dass der Entwurf ein entscheidendes Problem nicht angehe - die Reform der Hinzuverdienstregelung mit dem Ziel einer Stärkung des "Arbeitsanreizes". - Wie der anrechnungsfreie Hinzuverdienst in Hartz IV derzeit geregelt und welche Reformüberlegungen diskutiert werden, beschreibt ein [Beitrag](#) auf dem "Portal Sozialpolitik"

### **Ausbildung während der Pandemie: Junge Geflüchtete brauchen mehr denn je professionelle Unterstützung**

Junge Geflüchtete dürfen auf ihrem Weg in Ausbildung nicht auf sich alleine gestellt sein. Dies gilt in der aktuellen Wirtschaftskrise umso mehr. Doch in Corona-Zeiten können die oft älteren Ehrenamtlichen aufgrund des Infektionsrisikos nicht in gewohntem Umfang helfen. Professionelle Unterstützungsangebote sind nun wichtiger denn je, um die berufliche Integration zu stärken.

[Weiterlesen](#) im Online-Magazin IAB-Forum

### **KOFA-Storytelling-Grafik: Erfolgreiche Integration - Mehr Flüchtlinge in Ausbildung und Beschäftigung**

Eine "[KOFA-Storytelling-Grafik](#)" des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) zum Thema "Erfolgreiche Integration - Mehr Flüchtlinge in Ausbildung und Beschäftigung".

## **Veröffentlichungen**

### **3,1 Millionen Erwerbstätige waren 2019 hierzulande von Armut bedroht**

Viele Erwerbstätige müssen wegen der Corona-Pandemie, etwa durch Kurzarbeit, empfindliche Einbußen bei ihrem Einkommen hinnehmen. Doch schon vor der Krise schützte die Erwerbsarbeit nicht alle Beschäftigten vor Armutsgefährdung.

Wie das [Statistische Bundesamt \(Destatis\)](#) mitteilt, waren 8 Prozent der Erwerbstätigen ab 18 Jahren im Jahr 2019 in Deutschland armutsgefährdet. Rund 3,1 Millionen Menschen mussten also trotz Arbeit mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung auskommen.

### **Nachhaltige Berufsausbildung: BIBB und f-bb veröffentlichen Leitfaden zur Gestaltung der Lernorte**

Ab August 2021 gelten für Ausbildungsberufe neue Mindeststandards im Bereich "Umweltschutz und Nachhaltigkeit" - zumindest für diejenigen Berufe, die ab dem kommenden Jahr neu geordnet werden. Für alle anderen Ausbildungsberufe haben die neuen Standards Empfehlungscharakter.

Die neu erarbeitete [Standardberufsbildposition](#) verpflichtet dazu, das Thema Nachhaltigkeit künftig in die duale Ausbildung zu integrieren. Lernorte der beruflichen Bildung wie Betriebe und Berufsschulen stehen daher vor der Aufgabe, die Ausbildung und den Unterricht an die neuen Vorgaben anzupassen.

## **Moderne Berufsbildungsstandards für alle Ausbildungsberufe: Digitalisierung und Nachhaltigkeit werden Pflichtprogramm für Auszubildende**

"Digitalisierte Arbeitswelt", "Umweltschutz und Nachhaltigkeit", "Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit" sowie "Organisation des Ausbildungsbetriebes, Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht" - so lauten die [vier modernisierten sogenannten Standardberufsbildpositionen](#), die ab August 2021 in allen neu geregelten Ausbildungsberufen des dualen Systems verpflichtend aufgenommen werden. Für alle vor 2021 nach Berufsbildungsgesetz beziehungsweise Handwerksordnung geregelten dualen Ausbildungsberufe haben die neuen Standards Empfehlungscharakter.

## **Handbuch: Wegweiser für die Ausbildung**

Das Handbuch ist aus der Praxis der bayerischen Integrationsberatung heraus entstanden. Der ["Wegweiser Ausbildung"](#) gibt einen Überblick und Anregungen, wie sich der Weg von Geflüchteten sowie Migranten/innen in Ausbildung von den rechtlichen Voraussetzungen bis zur Auswahl passender Bewerber/innen gestalten lässt.

## **Geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen**

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit berichtet [monatlich](#) über Struktur und Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen und der geringfügigen Beschäftigung. Vollständige Daten liegen erst sechs Monate nach dem jeweiligen Stichtag vor. Um den Bedarf an aktuellen Ergebnissen zu decken, werden ausgewählte Eckwerte zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits nach zwei Monaten aus den unvollständigen Daten hochgerechnet. Ab Januar 2021 wird die Hochrechnung nach Wirtschaftszweigen nun um Ergebnisse zu den geringfügig Beschäftigten erweitert.

Quelle: G.I.B.Newsletter 428

## **Gutachten: "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten"**

Die Sachverständigenkommission für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hat ihr [Gutachten "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten"](#) an die Bundesgleichstellungsministerin Franziska Giffey übergeben.

## **BAuA: Vier Publikationen zur digitalen Arbeit**

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat jetzt die neue Reihe baa: Preprint in ihrem Publikationsangebot. Hier erscheinen eigene Vorabveröffentlichungen. Dabei handelt es sich um veröffentlichungsreife Manuskripte, die bereits bei wissenschaftlichen Zeitschriften oder Verlagen eingereicht wurden oder werden sollen. Den Auftakt machen vier Publikationen aus dem BAuA-Schwerpunktprogramm ["Sicherheit und Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt"](#).

## **Vereinbarkeit von Familie und Arbeit zu Hause: Der Leitfaden "Mobiles Arbeiten"**

Der Leitfaden "Mobiles Arbeiten" wurde im Netzwerk "Prädikat familienfreundliches Unternehmen" gemeinsam von 13 Unternehmen, einer Arbeitsrechtlerin, dem Kompetenzzentrum Frau und Beruf und der Regionalagentur Märkische Region erarbeitet. Mehr dazu auf <https://www.gute-arbeitswelt.nrw>.

Quelle: G.I.B.Newsletter 429

Die neue Einkommens-Studie **"Gehaltsatlas 2021"** zeigt, in welchen Branchen und Berufen am meisten verdient wird

[Weiterlesen](#) auf "Focus Online".

## **IAB-Kurzbericht 2/2021: Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland: Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse hat positive Arbeitsmarkteffekte**

Der [Kurzbericht](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt, dass die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse die Beschäftigungswahrscheinlichkeit von Migrantinnen und Migranten, langfristig um rund 25 Prozent erhöht und ihre Verdienste um

circa 20 Prozent steigen im Vergleich zu Personen, die keine Anerkennung beantragt haben. Es ist zudem davon auszugehen, dass mit den steigenden Beschäftigungschancen und Verdiensten positive Produktivitätseffekte verbunden sind, von denen auch die Unternehmen und die Gesamtwirtschaft profitieren. Gleiches gilt für die positiven fiskalischen Effekte einer verbesserten Arbeitsmarktintegration. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Betroffenen, aber auch Deutschland insgesamt, von einer besseren Ausschöpfung der Potenziale für die Anerkennung beruflicher Abschlüsse erheblich profitieren könnten.

## Veranstaltungen

### **Homeoffice, Überstunden, Quarantäne - Stressmanagement und Achtsamkeit. Teil 2: Entspannung und Achtsamkeit**

"Homeoffice, Überstunden, Quarantäne – Das Hilfspaket für alle, die durch Corona an der Belastungsgrenze sind: Tipps und Übungen im Umgang mit Stresssituationen"

In dieser Seminarreihe werden Tipps und Übungen im Umgang mit Stresssituationen vermittelt und speziell in diesem Seminar geht es um Entspannungs- und Achtsamkeitsübungen. Sie bilden einen eigenständigen Bereich in der Stressprävention und gelten als zentraler Baustein im Stressmanagement. Neben den "großen" Entspannungsverfahren, wie progressive Muskelrelaxation oder autogenes Training, werden auch kurze Entspannungsübungen, die sich leicht in den Alltag integrieren lassen, vorgestellt.

[Weiterlesen und Anmelden](#)

Termin und Ort: 02.03.2021- Online. Keine Teilnahmegebühr.

### **Digitales Home Office - Geschichte, Probleme, Möglichkeiten**

Die Corona-Krise hat 2020 als Katalysator der Digitalisierung gewirkt, nicht zuletzt durch den Einsatz des Home Office als Mittel der Pandemie-Eindämmung. Trotz aller dadurch entstehenden Flexibilität stellt das Home Office den Einzelnen vor neue Herausforderungen: Wie steht es um die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Arbeitsleben? Ergibt sich ein Rückschritt in alte Geschlechterrollen? Wird auch im Home Office der Arbeitsschutz gewährleistet?

Die Digitalisierung und das Homeoffice sind aber beide keine neuen Phänomene. In der Veranstaltung "Digitales Home Office" diskutieren wir über die lange und wechselhafte Geschichte von Heimarbeit, digitaler Automation und modernem Homeoffice und fragen nach den Herausforderungen für Arbeitnehmer/innen und Gewerkschaften.

Termin und Ort: Freitag, 05.03.21 - Online. Keine Teilnahmegebühr.

[Mehr Infos und Anmeldung](#)

### **BMBF Bildungsforschungstagung 2021**

Die Schwerpunkte der Tagung sind digitales Lernen, Faktoren für erfolgreiche Bildung und Qualität von Bildungsangeboten.

Termin und Ort: 9./10. März 2021- Online. Keine Teilnahmegebühr.

Alle Infos auf der [Website der Tagung](#)

### **Übergang Schule-Beruf: Aufrufe für den nächsten Girls'- und Boys'Day**

Auch in diesem Jahr ruft der Bund auf, die Potenziale von jungen Mädchen und Jungen bei der Berufsorientierung gezielt zu unterstützen. So ist am 22. April 2021 wieder Girls'- und Boys'Day!

Den aktuellen Aufruf zur Stärkung der Potenziale von Jungen finden Sie [hier](#), den zur Stärkung der Mädchen [hier](#).